

Politiknews der HV (Juli 2024)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Bundestag hat die parlamentarische Sommerpause begonnen. Ein guter Moment, um Sie auf den aktuellen Stand der BA-relevanten Bundespolitik zu bringen.

Auch diese Ausgabe der HV-Politiknews veröffentlichen wir auf der [Intranetseite der HV](https://www.baintranet.de/008/002/001/Seiten/default.aspx) (<https://www.baintranet.de/008/002/001/Seiten/default.aspx>) – schauen Sie gern regelmäßig vorbei!

I. Aktueller politischer Diskurs im weiteren Umfeld der BA

Hinter uns liegen die Wahlen zum Europaparlament am 9. Juni, die daraufhin kurzfristig angesetzten Parlamentswahlen in Frankreich, der Machtwechsel im Großbritannien und die Wiederwahl von Ursula von der Leyen als Präsidentin der EU-Kommission. Vor uns liegen insbesondere **die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg**, deren Ausgang erhebliche bundespolitische Bedeutung beizumessen ist.

Der Hauptfokus liegt aber derzeit auf den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2025. Dieser hat wegen der Bundestagswahl im September 2025 eine besondere Bedeutung.

Wichtig sind die prognostizierten Eckwerte der Bundesregierung, die mit Stand April vorliegen. Die Eckwerte, die die Bundesregierung (BMWK) im Herbst vorlegt, bilden dann die wesentliche Grundlage für die finalen Beratungen des Bundeshaushalts 2025.

Ein wichtiges Indiz ist dabei auch der [ifo Geschäftsklima-Index](#), der Ende Juni eine Verschlechterung der Stimmung bei den deutschen Unternehmen zeigt; er sank von 89,3 Punkten auf 88,6 Punkte. Dieser Index basiert auf Befragungen der Unternehmen in Bezug auf ihre Erwartungen für die nächsten Monate und passt auch zur Einschätzung des [IAB](#), wonach ein Aufwind am Arbeitsmarkt auch in den nächsten Monaten nicht zu erwarten sei.

Nach langen, zähen Verhandlungen haben die Regierungsfractionen sich auf den Entwurf eines Bundeshaushalts geeinigt.

Außerdem hat die Bundesregierung sich auf die sogenannte „Wachstumsinitiative“ geeinigt. Diese umfasst 49 konkrete Punkte auf 31 Seiten. Die Vorbereitung der Kabinettsvorlage für die Sitzung am 17.07.24 wurde direkt von Abteilung VI im Bundeskanzleramt vorbereitet.

Die 49 Punkte wurden direkt von den „großen 3“ verhandelt und waren bisher nicht mit den zuständigen Fachressorts abgestimmt. Daher sind die genannten 49 Punkte auch wenig konkret und müssen hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und dem möglichen Zeitpunkt eines Inkrafttretens noch von den Fachressorts intensiv geprüft werden. Dies gilt insbesondere zu den Reformideen zum Bürgergeld. Die Konkretisierung aller geplanten Maßnahmen wird also erst im September/Oktober erfolgen, nach den 3 Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen (jeweils am 01.09.2024) und Brandenburg (22.09.2024).

Dies ist nach Einschätzung der HV auch durchaus so beabsichtigt (Botschaft: „die Bundesregierung hat geliefert und ergreift Maßnahmen zur Stärkung der Erwerbsanreize im Bürgergeld“), um möglichst vor den Landtagswahlen politischen Diskussionen zu diesen Themen zu vermeiden.

II. Bundeshaushalt 2025 – aktuelle Lage

Das Kabinett hat sich am 17.07.24 auf einen konkreten Entwurf des Bundeshaushalts 2025 geeinigt.

Wir gehen angesichts des Bundestagskalenders und der schon bekannt gewordenen Termine derzeit von folgendem weiteren Ablauf der Haushaltberatungen 2025 aus:

10.-13.09.24	1. Lesung im Bundestag
10.09.24	Aussprache zum Einzelplan 11 (BMAS) am Abend
16.09.2024	„Berichterstattergespräch“ Einzelplan 11 im BMAS in Anwesenheit von BM Heil (die 6 Berichterstatter der Fraktionen im Haushaltsausschuss diskutieren zwei Tage lang jeden Titel im Entwurf des Einzelplans 11. Die Berichterstatter sind: Katrin Michel (SPD), Markus Kurth (Grüne), Claudia Raffelhüschen (FDP), Silke Launert (CSU), Ulrike Schielke-Ziesing (AfD), Gesine Löttsch (Linke)
09.10.2024	Herbst-Eckwerte der Bundesregierung
07.11.2024	Einzelplanberatung EPL 11 (in Anwesenheit von BM Heil und VV Nahles)
14.11.24	sogenannte Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses (hier wird bis tief in die Nacht verhandelt)
26.11.-29.11.24	2./3. Lesung im Bundestag

In der Bereinigungssitzung wird auch die Mittelausstattung für den Eingliederungs- und Verwaltungskostentitel sowie über die Höhe der passiven Leistungen (KdU, Bürgergeld, ...) final entscheiden.

Aus Sicht der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter sollte man daher nicht vor dem 14.11.2024 über mögliche Ergebnisse der Verhandlungen spekulieren.

Derzeit gehen wir im Gesamtbudget SGB II (Eingliederungs- und Verwaltungsleistungen) von folgenden Größenordnungen aus:

	2024	2025 (Entwurf)
EGT	4,150 Mrd. €	3,700 Mrd. €
Verwaltung	5,050 Mrd. €	5,250 Mrd. €
Reste	1,350 Mrd. €	0,350 Mrd. €
FBW Reha (Aufgabe wandert zur BA, entlastet die JC)		0,900 Mrd. €
Summe (aufgabenbereinigt)	10,550 Mrd. €	10,200 Mrd. €
Differenz (Soll/Soll) 2024 zu 2025		-0,350 Mrd. €

Zeitplan für die Beratungen des Haushalts der BA (SGB III)

17.10.2024	Aufstellung des Haushalts der BA durch den Vorstand
14.11.2024	Beratung des BA-Haushalts im Ausschuss I des Verwaltungsrates
15.11.2024	Feststellung des BA-Haushalts durch den Verwaltungsrat
04.12.2024	Kenntnisnahme des BA Haushalts in den beiden Ausschüssen „Arbeit und Soziales“ und „Haushalt“
11.12.2024	Kabinettsitzung mit Kenntnisnahme des BA-Haushalts
12.12.2024	Genehmigung des BA-Haushalts durch den Verwaltungsrat

Anmerkung:

Die Bundesregierung genehmigt den Haushalt der BA, der Bundestag ist hierbei grundsätzlich nicht beteiligt. Aufgrund der hohen Bedeutung des Haushalts der BA wird er aber vor Genehmigung durch die Bundesregierung am 04.12.24 den beiden Ausschüssen (Arbeit und Soziales, Haushalt) zur **Kenntnisnahme** vorgelegt.

III. Ein Blick in die (Bundes-)Parteienlandschaft

Formal legt der Bundespräsident den Wahltag fest. Das Kabinett hat beschlossen, ihm den 28.09.2025 vorzuschlagen und in der Regel folgt der Bundespräsident der Empfehlung der Bundesregierung.

Die Parteien werden also spätestens zu Beginn des neuen Jahres ihre Wahlprogramme erarbeiten, um sie im Frühjahr 2025 vorstellen zu können.

Sollte es vorher zu einem Auseinanderbrechen der Ampelkoalition kommen, kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers den Bundestag auflösen. Die Bundestagswahl muss dann innerhalb von 60 Tagen stattfinden.

Der politische Stil und der Umgang der Fraktionen untereinander haben sich extrem zum Negativen verändert (bedingt auch durch den Populismus und die Polarisierung der AfD). Auch aus diesem Grund haben wohl einige bekannte Politikerinnen und Politiker beschlossen, für den nächsten Bundestag nicht mehr zu kandidieren.

Einige bekannte Politiker/-innen werden auf jeden Fall nicht mehr kandidieren.

Bereits angekündigt haben das unter anderem der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Hermann Gröhe, überraschend auch die stellvertretende Bundestagspräsidentin Yvonne Magwas (CDU/CSU), der Außenpolitiker Michael Roth (SPD), der ehemalige Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU), die ehemalige Landwirtschaftsministerin und Grünen-Partei-vorsitzende Renate Künast (Grüne), Karamba Diaby (SPD) aus Halle/Saale, der arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der SPD Martin Rosemann, der Wirtschaftspolitiker Bernd Westphal (SPD), die FDP-Berichterstatterin für den Einzelplan des BMAS Claudia Raffelhüschen, Peter Ramsauer (CSU) sowie der rentenpolitische Sprecher und Mitglied im AuS-Ausschuss Matthias W. Birkwald und Susanne Ferschl (beide: Die Linke).

In den nächsten Wochen werden sicherlich noch weitere dazu kommen.

Zur Vorbereitung einer Bundestagswahl gehört die Benennung von Kanzlerkandidatinnen/Kanzlerkandidaten durch die Parteien.

Bei der Union erfordert das traditionell einen großen Abstimmungsaufwand zwischen der CDU und der CSU. Dieses Mal kommt noch dazu, dass der offensichtliche Kanzlerkandidat Friedrich Merz noch nicht von allen Teilen seiner Partei vorbehaltlos akzeptiert wird, weswegen einige Unions-Ministerpräsidenten (insbesondere Hendrick Wüst) nach wie vor im Rennen sind.

Bei der SPD können sich viele vorstellen, dass der Verteidigungsminister Boris Pistorius (derzeit der beliebteste Bundespolitiker) ein guter Kanzlerkandidat sein könnte, aber den amtierenden Kanzler nicht aufzustellen (siehe USA) würde die SPD während der laufenden Regierungsperiode massiv schwächen und ist deshalb schwer vorstellbar.

Bei den Grünen scheint alles auf Wirtschaftsminister Robert Habeck hinauszulaufen, nachdem die Außenministerin Annalena Baerbock ihren Verzicht auf die Kandidatur erklärt hat.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)

Das BSW wurde am 08.01.24 gegründet, und ihre 10 Bundestagsabgeordneten wurden mittlerweile als parlamentarische „Gruppe“ anerkannt, was ihnen bestimmte Antrags- und Rederechte im Bundestag gibt. Zu den bekanntesten neuen Mitgliedern gehören u.a. Fabio de Masi, Thomas Geisel, Katja Wulf, Amira Mohamed Ali (ehemalige Fraktionsvorsitzende der Linken).

Für die BA besonders relevante MdBs sind Jessica Tatti aus Reutlingen (erste parlamentarische Geschäftsführerin und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales), Alexander Ulrich aus Kaiserslautern (Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales) und Christian Leye aus Duisburg (Mitglied im Haushaltsausschuss).

Noch gibt es kein Bundesparteiprogramm, das soll bis zur Wahl im September 2025 vorliegen. Bis dahin orientiert sich die Partei an den Aussagen ihrer „Namensgeberin“ Sahra Wagenknecht.

Mittlerweile hat das BSW immerhin 4 Landesverbände gegründet: Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Saarland.

In Sachsen ist Sabine Zimmermann (gemeinsam mit Jörg Scheibe) die Landesvorsitzende des BSW. In ihrem politischen Vorleben war sie zuletzt arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linken Bundestag.

Angesichts dieser Vorgeschichte erscheint es naheliegend, dass sie in den Medien als künftige sächsische Sozialministerin gehandelt wird. Table News spekuliert schon über Gespräche zwischen dem amtierenden Ministerpräsidenten Michael Kretschmar (CDU) und Sabine Zimmermann, verbunden mit der Bitte an sie, sich schon mal Gedanken über mögliche Staatssekretäre zu machen.

Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften für das BSW in Sachsen wurden dem Landeswahlleiter fristgerecht geliefert (1.000 waren gefordert, 3.000 wurden geliefert).

In Thüringen steht Katja Wolf (gemeinsam mit Steffen Schütz) dem BSW-Landesverband vor. Sie war bis Juni 2024 Oberbürgermeisterin von Eisenach und eine von 2 stellvertretenden Präsidenten des Deutschen Städtetages. Das BSW wurde am 05.07.24 (zusammen mit 14 anderen Parteien) zur Landtagswahl zugelassen.

In Brandenburg ist der Arbeitsrichter Robert Crumbach der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat des BSW. Der Landeswahlausschuss entscheidet am 09.08.24 über die Zulassung der Wahllisten. Bis dahin müssen 2.000 Unterschriften zur Unterstützung vorgelegt werden.

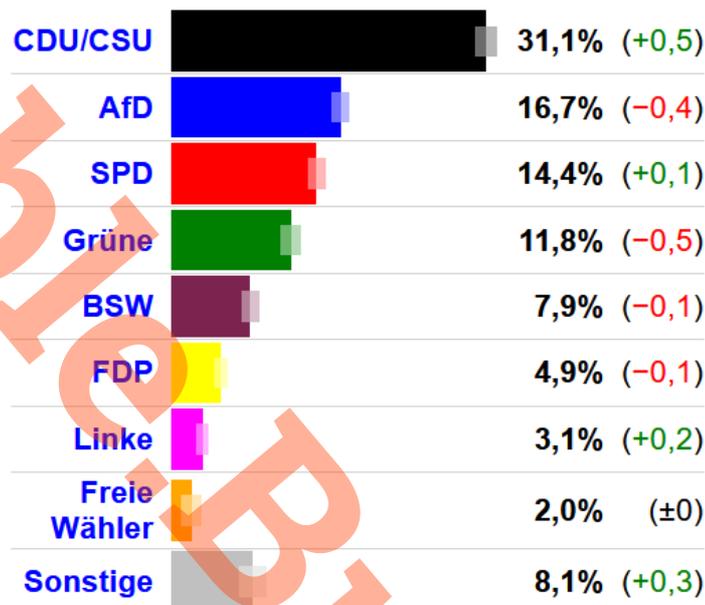
Im Saarland führt Astrid Schramm die Partei.

Aktueller Umfrage- und Wahlrend

Bund

Der politische Diskurs und die aktuelle innenpolitische Lage beeinflussen auch die Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler und spiegeln sich in den regelmäßigen Umfragen der Meinungsforschung wider. Wie üblich werfen wir mit der sogenannten „Sonntagsfrage“ einen kurzen Blick auf aktuelle Umfragewerte der Parteien.

Wahlrend vom 20.07.2024



Quelle: <https://dawum.de/Bundestag/> - gewichteter Durchschnitt von 7 Umfragen verschiedener Institute. Vergleich mit den Umfragen vom 13.07.2024.

Mit der Union und der AfD bilden weiterhin zwei Oppositionsparteien die Spitze in den Umfragewerten.

Mit großem Abstand liegt dabei die CDU/CSU auf dem ersten Platz (31,1%) der aktuellen Umfragen.

Die AfD ist mit rund 16,7% weiterhin auf Platz zwei der gewichteten Umfragen.

Zählt man die Werte der Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP zusammen, so kommt man auf rund 31%. Für die Kanzlerpartei SPD (14%) bleibt das Ergebnis der letzten Bundestagswahl weiterhin in weiter Ferne (zur Erinnerung: die SPD holte im September 2021 einen Stimmenanteil von 25,7%). Daran ändert auch die seit Monaten anhaltende Beliebtheit von SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius nichts.

Bündnis 90/Die Grünen (12%) landet derzeit auf Platz 4, das BSW würde locker die Fünfprozenthürde nehmen (7,9%) und die FDP würde aktuell mit 4,9% knapp den Einzug ins Parlament verpassen.

Die Linke kann nach wie vor nicht mehr damit rechnen, im nächsten Bundestag wieder vertreten zu sein.

Nach aktuellem Stand sieht es also nach einer Unions-geführten nächsten Bundesregierung aus. Als mögliche Koalitionspartner kommen grundsätzlich SPD, Grüne und FDP in Betracht.

Was das für das Arbeitsressort in der künftigen Regierung bedeutet ist unklar. Bei bestimmten Konstellationen wäre auch eine Kombination der Themen Wirtschaft und Arbeit in einem gemeinsamen Ministerium denkbar wäre (diese Lösung schwebt u.a. dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann vor).

Bundesländer

Die aktuellen Umfragen in den drei Bundesländern, in denen im September gewählt wird (Sachsen und Thüringen am 01.09.24 und Brandenburg am 22.09.24), ergeben kein einheitliches Bild, außer dass der AfD überall die meisten Stimmen prognostiziert werden und die FDP in keinen der drei Landtag einziehe würde.

Die Übersicht der Wahlrends zu unterschiedlichen Stichtagen sieht wie folgt aus:

(Quelle: www.dawum.de)

	Thüringen (26.06.24)	Sachsen (20.06.24)	Brandenburg (16.07.24)
AfD	28,6%	31%	23,6%
CDU	22,4%	29,5%	18,4%
BSW	20,4%	15%	16,6%
Linke	12,7%	3,5%	4,6%
SPD	7,0%	6%	19%
Grüne	4,0%	6%	7%
FDP	2,4%	2%	3%
BVB/FW*			3,6%
Sonstige	2,5%	7%	4,2%

*Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler

Der „Amtsbonus“ von Bodo Ramelow (Die Linke) in Thüringen hebt das Linken-Umfrageergebnis deutlich von den beiden anderen Bundesländern ab, dennoch ist bisher klar von einem Wechsel des Ministerpräsidenten auszugehen.

Auch in Sachsen (Kretschmer/CDU) und in Brandenburg (Woidke/SPD) hinterlässt der Amtsbonus seine Spuren in den Umfragen, reicht aber nirgendwo dafür aus, die AfD vom ersten Umfrageplatz zu verdrängen.

IV. In der Pipeline: weitere BA-relevante Gesetzesvorhaben

Nach wie vor befinden sich weitere Gesetzesvorhaben in der regierungsinternen Diskussion, die dann ab September dem Parlament vorgeschlagen werden dürften (zusätzlich zum Bundeshaushalt). Hier nur kurz der Blick auf das SGB III Modernisierungsgesetz und die Kindergrundsicherung.

SGB III Modernisierungsgesetz

Der Entwurf eines SGB III Modernisierungsgesetzes befindet sich derzeit in der Verbändebeteiligung. Folgende Eckpunkte sind in dem Entwurf enthalten:

Vermittlung

- Eingliederungsvereinbarung im SGB III wird „Kooperationsplan“
- Beratung und Vermittlung kann grundsätzlich per Videotelefonie erfolgen

Leistung

- Erreichbarkeit: ausreichend, sich im Bundesgebiet oder im grenznahen Ausland aufzuhalten und Mitteilungen der BA werktäglich zur Kenntnis nehmen zu können
- Vereinfachung der Berechnung des Arbeitslosengeldes

Förderinstrumente

- SGB II Förderinstrumente für junge Menschen auch im SGB III anbieten
- Stärkung der Jugendberufsagenturen
- Unterkunftskosten bei Berufsorientierungspraktika werden stärker gefördert
- Nachbetreuung nach Abschluss der Berufsausbildung kann bis zu 12 Monate weitergehen
- Ausweitung Eingliederungszuschuss bei Übernahme nach Aus- oder Weiterbildung von Menschen mit (Schwer-)Behinderungen
- Kosten der Unterkunft (KdU) für Azubis mit Behinderungen verbessert
- Förderfähigkeit für Grundkompetenzen und das Nachholen des Hauptschulabschlusses
- Reform des Gründungszuschusses
- Verfahrensvereinfachungen beim Kurzarbeitergeld
- Verstetigung der Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung bei der BA, die bisher über ESF-Mittel finanziert wurde (IQ-Netzwerk)

Der derzeit diskutierte Zeitplan sieht vor, dass der Entwurf noch im Sommer im Umlaufverfahren durch das Kabinett geht, so dass die erste Lesung im Bundestag schon im September stattfinden kann. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales würde sich dann bis Mitte Oktober (inklusive einer Anhörung) mit dem Entwurf befassen, so dass die 2./3. Lesung im Bundestag Mitte Oktober und der abschließende Durchgang im Bundesrat am 22.11.2024 wäre. So könnte das SGB III ModGes noch vor Weihnachten in Kraft treten.

Kindergrundsicherung

Auch wenn es rund um die Kindergrundsicherung gerade etwas leiser geworden ist, laufen die Gespräche in Berlin weiter. Gesucht wird ein Kompromiss, der für alle drei Koalitionspartner gesichtswahrend ist und darüber hinaus zustimmungsfähig für die Union, die im Bundesrat in stimmgewichtigen Ländern mitregiert.

Ein wahrscheinlicher Kompromiss sieht eine stufenweise Einführung der Kindergrundsicherung vor. Zunächst sollen Kinder von Eltern im Bürgergeldbezug in der Zuständigkeit der Jobcenter bleiben (erste Stufe). Damit wäre zum einen der Bezug von Leistungen an bedürftige Familien aus einer Hand weiterhin sichergestellt. Zum anderen dürfte sich damit vor allem die Debatte um eine Stellenmehrung zum Aufbau des geplanten Familienservices erledigt haben.

In einem zweiten Schritt sollen die verschiedenen Leistungen gebündelt werden. Dieser Schritt soll aber erst in der nächsten Legislaturperiode nach der Bundestagswahl im September 2025 vollzogen werden. Wie der Bundesrat zu dieser Stufenlösung steht, ist nicht klar. Zudem ist unklar, welche Rolle dem Bundesrat bei dieser Lösung zukommt. Dies ist von der Ausgestaltung des Gesetzes abhängig. Sollte es sich in der ersten Stufe um ein Einspruchsgesetz handeln, kann der Bundesrat letztlich dieses Gesetz nicht aufhalten. Nur bei einem zustimmungspflichtigen Gesetz könnte der Bundesrat das Inkrafttreten des Gesetzes wesentlich verzögern oder ganz verhindern. Eine Anhörung im Familienausschuss des Deutschen Bundestags fand am 18. März statt. Die 2./3. Lesung ist noch nicht terminiert.

Den Spitzen der Grünen ist das Thema sehr wichtig, hier beispielsweise der Tweet von Ricarda Lang vom 09.07.24: „Das Kinderpaket im Rahmen der Haushaltseinigung bringt wichtige Unterstützung für Kinder. Mit mehr Mitteln für Kindergeld, Kindersofortzuschlag u. höhere Inanspruchnahme verbessern wir die Lage von Familien konkret. Und legen die Grundlage für die Kindergrundsicherung.“

V. Ausblick / Termine

September 2024

- 01.09. Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen
- 09.09. Wiederaufnahme des Parlamentsbetriebs im Bundestag nach der Sommerpause
- 22.09. Landtagswahl in Brandenburg

Oktober 2024

- 18.10. Bundesparteitag DIE LINKE

November 2024

- 15.-17.11. Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis90/Die Grünen

Abgabe Briefings